

„Tausche Auto gegen Steak“

Fachkonferenz zu den Handelsbeziehungen zwischen Lateinamerika und Europa

5. November 2018, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, Hiroshimastr. 28

Die Europäische Union ist Lateinamerikas drittgrößter Handelspartner, hat in den vergangenen drei Dekaden jedoch an Bedeutung verloren. Während im Jahr 1990 etwa ein Viertel der lateinamerikanischen Exporte nach Europa gingen, war dies im Jahr 2016 nur noch ein Achtel. Im vergleichbaren Umfang gingen auch die Importe aus Europa zurück. Unverändert geblieben ist die Struktur des Handelsaustausches: Noch immer exportiert die EU in erster Linie Industrierzeugnisse, während die lateinamerikanischen Länder hauptsächlich Rohstoffe und Agrarerzeugnisse an die EU liefern.

Geregelt werden die Handelsbeziehungen dabei vor allem bilateral: Die EU hat im Jahr 2008 ein Abkommen mit den Staaten der Karibik abgeschlossen (Cariforum), mit den Ländern Zentralamerikas im Jahr 2012. Mit den Anden-Ländern Kolumbien und Peru existiert seit 2013 ein Freihandelsvertrag, dem sich Ecuador im Jahr 2017 anschloss. Die älteren Abkommen mit Mexiko und Chile werden derzeit neu verhandelt. Mit den Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay steht der Abschluss eines Abkommens ebenfalls kurz bevor.

Wer profitiert von den Handelsbeziehungen zwischen der EU und Lateinamerika? Welche Auswirkungen haben sie auf Arbeits- und Menschenrechte, Sozial- und Umweltstandards? Erweitern oder verengen sie den politischen Handlungsspielraum für eine nachhaltige Entwicklung in Lateinamerika und in Europa?

Expert_innen aus Brasilien, Kolumbien, Ecuador, Mexiko, Argentinien, Uruguay, Chile, El Salvador und Europa diskutieren diese Fragen im Rahmen von Plenumsdiskussionen und Workshops.

09.30-11.00 Einführung und Plenumsdiskussion: Die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen der EU und Lateinamerika – Schwerpunkte und wirtschaftliche Bedeutung

Inputs:

- *Susanne Gratius*, Universität Autónoma de Madrid, Spanien
- *Roberto Bouzas*, Universität San Andrés Buenos Aires, Argentinien
- *Adhemar Mineiro*, Brasilianischer Gewerkschaftsdachverband (CUT), Brasilien

11.00-11.15 Kaffeepause

11.15-12.45 Workshop 1: Menschenrechte und Nachhaltigkeitskapitel

In ihrer Strategie „Handel für Alle“ hatte die EU-Kommission angekündigt, Nachhaltigkeitsaspekten in der Handelspolitik mehr Gewicht zu verleihen. Dazu hat sie das Handbuch für die vorgeschalteten Nachhaltigkeitsfolgenabschätzungen überarbeitet und Vorschläge zur Verbesserung der Nachhaltigkeitskapitel vorgelegt. Inwieweit kommen diese Instrumente bei den Abkommen mit lateinamerikanischen Ländern und insbesondere mit Kolumbien zum Einsatz? Werden sie Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsansprüchen der Kommission gerecht? Wo liegen die Grenzen und Schwächen der Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung und -kapitel? Welche Reformen wären erforderlich, um Handelspolitik nachhaltiger zu gestalten?

Inputs:

- *Armin Paasch*, MISEREOR, Deutschland
- *Rhea Hoffmann*, Universität Erlangen-Nürnberg, Deutschland
- *Yessika Hoyos*, CCAJAR, Kolumbien

Workshop 2: Extraktivismus – Rohstoffe und Energie

Im Rohstoffbereich sind die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den Mercosur-Ländern extrem asymmetrisch: Die lateinamerikanischen Staaten versorgen die EU mit mineralischen und fossilen Rohstoffen. Damit versetzen sie das rohstoffarme Europa in die Lage, seine industriellen Produkte herzustellen und auf dem Weltmarkt zu verkaufen – auch in Lateinamerika. Die verschiedenen europäischen Handelsabkommen sichern die europäische Industriepolitik ab, indem sie beispielsweise Ausfuhrbeschränkungen auf Rohstoffe untersagen. Wie tragfähig ist diese Politik aus ökologischer und menschenrechtlicher, aber auch aus wirtschaftlicher Perspektive? Was sind die Alternativen?

Inputs:

- *Thomas Fritz*, FDCL, Deutschland
- *Liz Shingri*, Yasunidos, Ecuador
- *Constantin Bittner*, MISEREOR, Deutschland

Workshop 3: Landwirtschaft, Agrarmärkte und Eigentumsrechte

Die landwirtschaftliche Produktion in Südamerika ist größtenteils in der Hand von Großgrundbesitzern und transnationalen Konzernen. Allerdings gibt es aber auch lebendige kleinbäuerliche Strukturen, die v.a. von linken Regierungen gefördert wurden. Währenddessen verändert sich die Landwirtschaft durch neoliberale Wirtschaftspolitik. Dies trifft v.a. die Agrar- und Saatgutmärkte. Europäische, US-amerikanische aber auch chinesische Konzerne drängen mit Saatgut, Milch- oder Fleischprodukten auf den Markt. Verfestigen Handelsabkommen in diesem Kontext die vorherrschenden Wirtschaftsstrukturen? Und fördern oder behindern sie die wirtschaftliche Entwicklung und Diversifizierung in den südamerikanischen Ländern?

Inputs:

- *Viviana Barreto*, Friedrich-Ebert-Stiftung und REDES-Amigos de la Tierra, Uruguay
- *Andreas Riekeberg*, Kampagne für Saatgut-Souveränität, Deutschland
- *Tobias Reichert*, Germanwatch, Deutschland (tbc)

Workshop 4: Investitionen und Investitionsschutz

Investitionsschutzklauseln in Handels- und Investitionsschutzabkommen wurden von Regierungen in der EU und Lateinamerika lange Zeit kaum in Frage gestellt. Dabei haben es gerade die Schutzklauseln Unternehmen in den letzten Jahren ermöglicht, hohe Schadensersatzsumme von Staaten einzuklagen – unter Umgehung der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Entsprechend sind diese Klauseln inzwischen höchst umstritten. Die EU schlägt vor, einen multilateralen Investitionsgerichtshof zu etablieren. Sind internationale Investor-Staat-Schiedsverfahren grundsätzlich noch vertretbar? Falls ja, welche Bereiche müssten explizit ausgeschlossen werden von Investorenklagen? Und sollte Investitionsschutz verknüpft werden mit Investorenpflichten zu Menschenrechten, Umwelt oder gegen Korruption?

Inputs:

- *Elisabeth Türk*, UNCTAD, Schweiz (tbc)
- *Manuel Perez Rocha*, Institute for Policy Studies Washington DC, USA
- *Pia Eberhardt*, Corporate Europe Observatory (CEO), Deutschland

12.45-14.00

Mittagspause

14.00-15.30 Workshop 5: Bewertung und bisherige Bilanz des Abkommens der EU mit Kolumbien und Peru

Seit 2013 existiert ein Freihandelsabkommen zwischen der EU, Peru und Kolumbien, dem nach jahrelangem Zögern 2017 auch Ecuador beitrug. Als ein Abkommen der „neueren Generation“ enthält es auch ein Nachhaltigkeitskapitel. In diesem finden sich auch Bestimmungen zu Menschenrechten, Arbeitnehmer_innenrechten und ökologischen Standards. Zudem schafft es einen institutionellen Rahmen, um Sozialpartner und Zivilgesellschaft verstärkt mit in die Umsetzung der vereinbarten Regeln einzubinden. In der Praxis funktioniert dies aber kaum. Bestimmungen des Nachhaltigkeitskapitels werden immer wieder unterlaufen. Geht der Ansatz trotzdem in die richtige Richtung oder bedarf es grundlegender Reformen?

Inputs:

- *Thomas Fritz*, FDCL
- *Yessika Hoyos*, CCAJAR, Kolumbien

Workshop 6: Bewertung und bisherige Bilanz der Abkommen der EU mit Zentralamerika und der Karibik und der Stand der Verhandlungen mit Mexiko

Bereits im Jahr 2000 hat die Europäische Union ein Freihandelsabkommen mit Mexiko vereinbart, 2008 ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den karibischen Staaten (Cariforum) und 2012 ein Assoziierungsabkommen mit sechs zentralamerikanischen Staaten. 2018 verkündeten die EU und Mexiko eine politische Einigung über die „Modernisierung“ des Abkommens von 2000, noch vor Abschluss einer entsprechenden Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung der EU. Wird diese Einigung auch unter der neu gewählten linkspopulistischen Regierung unter Andrés Manuel López Obrador Bestand haben? Und welche Auswirkungen und Folgen der EU-Abkommen mit Mittelamerika sind bislang erkennbar?

Inputs:

- *Saul Banos*, FESPAD, El Salvador
- *Manuel Perez Rocha*, Institute for Policy Studies Washington DC, USA
- *Evita Schmiege*, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Deutschland

Workshop 7: Stand der Verhandlungen und Spielräume zur Einflussnahme – die Abkommen mit den Mercosur-Staaten und Chile

Chile und die Mercosur-Region gelten als die erfahrensten Handelspartner der EU in Lateinamerika. Chile hat zahlreiche Freihandelsabkommen unterzeichnet und verfügt seit dem Jahr 2002 über ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union, über dessen „Modernisierung“ seit 2017 verhandelt wird. Das Mercosur-Abkommen wird seit 1999 verhandelt und schien im Jahr 2017 kurz vor dem Abschluss, verzögert sich aber immer wieder. Die Zivilgesellschaft wird nicht in die Verhandlungsprozesse einbezogen und die lateinamerikanischen Regierungen scheinen keine breitere gesellschaftliche Beteiligung zulassen zu wollen. Welche Einflussmöglichkeiten gibt es dennoch? An welchen Stellen können Gewerkschaften und NGOs Druck machen, um negative Auswirkungen auf Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards zu verhindern?

Inputs:

- *Roberto Bouzas*, Universität San Andrés Buenos Aires, Argentinien
- *Paulina Acevedo*, Observatorio Ciudadano und Chile Mejor sin TLC, Chile

15.30-16.00 Kaffeepause

16.00-17.30

Plenumsdiskussion: Die EU im Handel mit Lateinamerika – Partner auf Augenhöhe?

Nach fast zwei Jahrzehnten bilateraler Handelsabkommen der EU mit lateinamerikanischen Ländern stellt sich die Frage, wie Partnerschaften aufgebaut werden können, die allen Bevölkerungen zu Gute kommen?

Im Plenum werden die Ergebnisse der Workshops diskutiert.

Panelisten:

- *Nuno Sousa*, DG Trade, Europäische Kommission (tbc)
- *Inmaculada Rodriguez-Pinero MdEP*, Ausschuss für internationalen Handel im Europäischen Parlament
- *N.N.*, Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
- *Adhemar Mineiro*, Brasilianischer Gewerkschaftsdachverband (CUT), Brasilien